

Ihres ausgeprägten Empfindens für Solidarität erklären sie sich geflossen gegen die ewige Generalfreiheit, im besonderen Falle wohl wissend, was sie zu tun haben, verlangen aber unbedingt allen zugänglich gemachte Urabstimmung darüber, Bestimmungen über die Befreiung an Generalstreiks haben örtlich oder betriebsweise in Berlin, Leipzig, Halle, Nürnberg, Göttingen, im Wuppertal usw. in der letzten Zeit gut erkennen lassen, daß die gesunde Vernunft nicht eine Etappe hat bei unsern Kollegen. Die Zeiter werden mit der herabgezogenen Solidaritätsbeziehung beim mittleren deutschen Generalstreik wohl kaum alles dabei gutgeben haben. Der alte Buchdruckerstandpunkt bewährt sich auch jetzt wieder. Die vielen gegen die Presse verübten Gewalttaten, die eine Schmach sind für die nach Pressefreiheit eintritt so laut schreienden Leute, haben sie darin noch bestärkt, ganz abgesehen von den häufig persönlich doppelzüngigen Einbußen. Wie die russischen Kollegen sich gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit gewehrt haben (siehe Nr. 18 von 1918), so zeigen vernünftlich floßen die Dinge ja bei uns nicht. Es kann aber auch hier weiterführen. Deshalb kann auch unsererseits eine Protestbewegung notwendig werden. Eine Anzahl von Mitgliedschaften hat schon aus eigenem öffentlichen Erklärungen abgesehen. Es ist doch ein Skandal, daß der „Zeitungsvertrag“ in einer Artikelreihe von bis jetzt 16 Nummern in gedrängter Form über mehr oder weniger schwere Eingriffe in die Pressefreiheit berichten konnte. Mit Bedauern war deshalb in der jüngsten Leipziger Mitgliederversammlung von einem redseligen Kollegen zu hören, daß die Presseunterdrückung während eines Generalstreiks — die „R. B.“ nahm Redner als „Informationsblatt“ (und was für eins!) nachdrücklich aus — sozusagen eine Selbstverständlichkeit sei. Die starken Zwischenfälle „Pressefreiheit!“ gewählten aber die Genugtuung überwiegend vernünftiger Auffassung. Auch in Ungarn zeigt sich die Schwäche des neuen Revolutionsregiments schon durch Übergriffe gegen die Presse.

Einige Artikelreihen (auch weitere) der letzten Zeit geben zu verstehen, daß wir mit dem Wesen unserer Organisation, mit ihrer Taktik und speziell mit der Parteipolitik in falschen Bahnen wandeln; es sei jetzt alles durch die Entwicklung überholt, die Revolution habe alles über den Haufen gerannt. Diese Ansicht kommt aber fast nur in Artikeln aus Berlin zum Ausdruck, während die andern, meistens aus Leipzig stammenden, die entgegengesetzte Auffassung vertreten und sich vor allem gegen die Verpflanzung des Parteiführers mit seinen unterschiedlichen Ausstrahlungen in unsere Organisationsarbeit und Versammlungen wenden. Es muß mit allem Nachdruck gesagt werden, daß allein die Beschlüsse der Generalversammlungen für die Taktik unseres Verbandes maßgebend sind! Das ist auch bis jetzt anerkannt worden. Die im Laufe der Jahrzehnte in die Erscheinung getretenen Strömungen, daß das Unterstützungswesen, die Zeitungsindustrie usw. Festwege seien — Behauptungen sowohl von gewerkschaftlicher als von parteipolitischen Seite — haben den Standpunkt, daß wir über unsere Taktik selbst zu bestimmen haben, nur noch gestärkt. Das gilt auch in bezug auf künstlich eintretende Erfordernisse, Änderungen darin vorzunehmen. Es ist doch wirklich nicht zu verstehen, daß die Parteivertragspolitik überholt sein soll, während jetzt und in den nächsten Wochen andre Organisationen: unsere Hilfsarbeiter, die Feindarbeiter und Lithographen, die Buchbinder, Solgarbeiter, das Hochbaugewerbe u. a. daran sind, Reichstagsvereinigungen abzuwickeln und die Arbeitsbedingungen nur noch zentral zu regeln. Zum Teil ist der Übergang zum Reichstags auch schon erreicht. Da sollen wir Buchdrucker, die aus der Mißere der Volkstasche bereits 1872 hinausstreben und mit dem großen Kampfe von 1873 als erste den Reichstags durchziehen, weil die Führung von ähnlichen Kämpfen sich als Zersplitterung der Kräfte unserer Organisation mehr und mehr herausstellte, wieder zurück zu dem einst selbst abgeschicktesten System? Für eine solche Gewerkschaftspolitik haben wir kein Verständnis und die große Mehrheit der Kollegen gewiß auch nicht. Damit ist aber nicht gesagt, daß ein Umrüstung und Ausbau der Zeitungsindustrie von der Hand zu weisen wäre. Wir haben uns im vergangenen Jahre bereits für Wege ausgesprochen, die letzten Endes zu einer Zeitungsindustrie für das ganze graphische Gewerbe führen. Das ist aber nicht mit einem Sprünge zu erreichen. Wieviel das System der Betriebsräte zu einer andern Methode zwingen wird, muß noch abgewartet werden. Ein Artikel in dieser Nummer gibt dafür schon Fingerzeige.

Wir dürfen uns durch das Zohwaboblo ringsum nicht betören lassen: An dem Alten wird festgehalten, soviel es gut ist, und vom Neuen soll genommen werden, was gut erscheint, denn eine Gewähr bietet von den so vielen Forderungen des Tages wohl nur wenig. In Leipzig, wo die Vorherrschaft der unabhängigen Partei unbestritten ist, ihre Maximen aber recht unpopulär sind, daher das Kennwort „die Unsympathischen“ (U. S. P.), ist man in Kollegenkreisen zu einer Neuerung übergegangen, die entschieden abgelehnt werden muß. Das fehlte gerade noch, daß wir in den Mitgliedschaften unabhängige und abhängige Fraktionen haben, die vor den Versammlungen sich beraten und dann mit Markschreien

anknicken. Die Unabhängigen haben, gemäß der von der „R. B.“ betriebenen Gewerkschaftsbeziehung, die namentlich den Angestellten gilt, damit angefangen. Aber dem Anlange wurde ein schwerer Mißerfolg zuteil. Am 28. März haben die Leipziger Kollegen in einer von über 21, Tausend Mitgliedern besuchten, also brechend vollen Versammlung nach Stundenlangen, leidenschaftlich geführten Debatten ihr Votum abgegeben. Obwohl auf Seite der unabhängigen gesinnigen Kollegen die größten Majoritäten (ein früherer Redakteur der „R. B.“ und ein sehr aktives Mitglied des Leipziger Verbandes) aufgeföhren wurden und auch andre Redner dieser Fraktion mit großem Eifer ins Zeug gingen, war ihnen kein Glück beschieden. Mit einem in der „R. B.“ darüber erschienenen großen Bericht, mit der Draußenstehende irreführenden Überschrift „Politischer Fortschritt bei den Buchdruckern“, der mit dem tatsächlichen Hergang und dem (behaupiteten) Abstimmungsresultat („gegen eine schwache Mehrheit“) erheblich kollidiert, wird man es bei den Leipziger Kollegen noch weniger erlangen. Allerdings, nach dem von der linken Seite vollführten Lärm konnte der Ausgang des heftigen Ringens zweifelhaft erscheinen. Aber mit fast zwei Dritteln Mehrheit wurde die folgende Resolution, von der ihr Vater selbst sagte, daß sie grundstürzend ist, abgelehnt! Sie lautet:

Die Resolution, die Durchsetzung des RäteSystems, und die in ihre Hand zu legenden politische und wirtschaftliche Macht ändert auch die bisherige Stellung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Die Leipziger Buchdrucker verlangen, daß der Verband der Buchdrucker als eins der Kampfesleiter im Befreiungskampfe des Proletariats den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse unterstützt.

Die verurteilen auf schärfste, daß ein wesentlicher Teil der Gewerkschaftsangehörigen dem revolutionären Kampfe des Proletariats teilnahmslos oder gar feindselig gegenübersteht. diesen Kampf in seinen einzelnen Phasen nicht unterstützt, sondern ihm die größten Hemmnisse bereitet. Ein solches Verhalten steht auf gleicher Stufe wie die Politik der Gewerkschaften während des Krieges, deren Führer den Boden des Klassenkampfes verließen, den Sozialismus preisgaben, zum Träger der Parteipolitik wurden und damit die Interessen des Proletariats aufs schwerste schädigten. Die Leipziger Buchdrucker erkennen es als Pflicht der Gewerkschaftsmittglieder, der gekennzeichneten Politik jener Gewerkschaftsführer und Angestellten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, die Schäden innerhalb der Gewerkschaften zu beseitigen und letztere zurückzuführen auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes.

In folgerichtiger Anwendung der vorstehenden beiden Maßregeln fordert die Leipziger Gewerkschaft:

1. Der Gewerkschaftsvorstand setzt sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Einrichtung der Betriebsräte innerhalb des Leipziger Gebietes ein.
2. Dem Verbande der Deutschen Buchdrucker gegenüber macht er seinen ganzen Einfluß in dem gleichen Sinne geltend und unterstützt alle Kämpfe, die um die Anerkennung derselben in der graphischen Industrie geführt werden.
3. Voraussetzung zur reiflichen Erfüllung dieser Forderungen ist, daß sich der Gewerkschaftsvorstand in seiner Gesamtheit rüchthaltlos auf den Boden der Ausführung aller Forderungen des entschiedenen revolutionären Teils der Gewerkschaft stellt und die sogenannte gewerkschaftliche Neutralität als Hemmnis in dem revolutionären Kampfe der Arbeiterklasse verwirft.

An dieser Entscheidung ist bemerkenswert, daß sie den prinzipiellen Kernpunkt umschließt; man riskierte also nicht einmal, offen auszusprechen, was man will. Da geht man in andern Gewerkschaften ganz anders los. Daß in dem Artikel der „R. B.“ von „recht geschmacklosen persönlichen Angriffen auf den Begründer der ersten Resolution“ durch den Vorstehenden Engelbrecht die Rede ist, entspricht zwar auch nicht den Tatsachen, es zeigt sich daran aber die Empfindlichkeit auf der andern Seite, die in ihren Mitteln und in ihren Ausdrücken nicht so wählerlich war. Die gleichzeitige Ablehnung einer Resolution gegen die „unünftigen Streikpunkte“ soll anerkennend die Richtigkeit der Überschrift des Artikels erweisen. Nun, bei andrer Formulierungen, und wenn der Unterzeichner der zweiten Resolution zu ihr gesprochen haben würde, wäre sie wohl angenommen worden und hätte das Ergebnis der Versammlung noch ungünstiger gestaltet für die linke Seite. Es ist aber so schon niederdrückend genug, denn bei der Vorklagesitzung für die Vorstandswahlen stießen die Unabhängigen mit den Kollegen aus ihren Reihen einfach ab. Von einem eigenartigen Vertrauensvotum für diese Fraktion zeugt jedoch der Umstand, daß in eine Kommission zu diffizilen Verhandlungen mit der Prinzipalität sechs stammende Vertreter ihrer Richtung gewählt wurden. Das Gaudium in der Versammlung darüber war groß, in der „R. B.“ wird dieses Moment aber einfach übergegangen. Wenn in dem Artikel der Ausgang der großen Aktion begrüßt wird, so muß man noch wissen, daß die von der „R. B.“ und ihren Leuten ausgehende Parole, die auf mehrheitssozialistischem Standpunkt stehenden Vorstandsmittglieder und Gewerkschaftsangehörigen abzuweisen, leider fast allenthalben Erfolg hat. Es kann sich in Leipzig bereits ein Verein politisch gemäßigter Gewerkschaftsfunktionäre bilden. Bei uns hat man aber nicht einmal den hauptsächlich auf

Korn genommenen zweiten Vorstehenden Heßelbarth in die Wüste schicken können. Die „R. B.“ mit ihrer reichen Tradition an Buchdruckerfeindschaft mag sich das als „Erfolg“ anrechnen. Mit ihrem Urteil über die Buchdruckerparlamentarismus zeigt sie sich jetzt von geradezu rührender Bescheidenheit. Der entstellende Bericht in der „R. B.“ wird der Sache der Unabhängigen gewiß nicht dienlich sein; wir haben in dieser Beziehung bereits charakteristische Äußerungen von unabhängigen Kollegen vernommen. Im allgemeinen sollte in den großen Mitgliedschaften faktuarisch Vorkehrung getroffen werden, daß weittragende Beschlüsse prinzipieller Natur dem Referendum zu unterbreiten sind. Im Falle der Volksabstimmung (Demokratie) ist das nur richtig, schließt vor Überbrumpfungen und gibt jedem Gelegenheit, seine Stimme in die Waagschale zu werfen; in Berlin und Leipzig ist das schon bei dem Fehlen an alle aufnehmenden Sälen eine Notwendigkeit.

Die Buchdrucker und das RäteSystem

Seit dem Zusammenbrüche des Krieges, dem Zusammenbrüche des Militarismus und dem Zusammenbrüche des politischen Deutschland ist mehr oder minder Deutschland von den plötzlich ins Leben getretenen Arbeitern und Soldatenregimenten regiert oder mitregiert worden. Diese Räte sind und waren zum großen Teil Kinder der Revolution, und naturgemäß halfsten ihnen alle die Kinderkrankheiten an, die eine Begleiterscheinung alles Neuenstehenden und Werdenben sind. Statt nun zu versuchen, diese Kinderkrankheiten auszumergen und zu beseitigen und diese Räte zu brauchbaren Gliedern und Mitarbeitern im politischen und wirtschaftlichen Leben des neuen Deutschland zu machen, schickte man sozusagen das Kind mit dem Bade aus, bestritt die Existenznotwendigkeit und „möglichkeit“ und bekämpfte diese mit allen den Gegnern zur Verfügung stehenden Mitteln. Das löste die Verleumdungen des RäteSystems naturgemäß wieder Gegenbruch aus, und der Streit um die Existenzberechtigung der Räte, der Streit über die berechnete oder nichtberechnete Tätigkeit, der Streit um die Zulassung der Rätigkeit auf dem politischen oder auf dem wirtschaftlichen Gebiete tobte mehr als je.

Wenn ich nun heute im „Korr.“ zu der Frage des RäteSystems das Wort nehme, so tue ich dies, wie in der Überschrift bereits angedeutet, vom Standpunkte der Buchdrucker aus; von jenem Standpunkte, der im Laufe der Jahrebestehenden Tätigkeit unserer Organisationen so viel und so oft angefeindet und bekämpft wurde, hauptsächlich von politischer, aber auch von gewerkschaftlicher Seite aus, der sich aber doch allmählich durchgerungen und mit mehr oder minder großen Abwechslungen schließlich Gemeingut der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung geworden ist. Es kommt hier nicht bloß der von den Buchdruckern so intensiv und konsequent vertretene Neutralitätsstandpunkt in Frage, sondern der bei den Buchdruckern überhaupt ausgeprägte Sinn für die Betreibung praktischer Politik; der dazu führte, daß man sich stets mit beiden Füßen auf den Boden der Wirklichkeit stellte und von diesem Standpunkt aus die Berufs- und Arbeiterpolitik beurteilte und danach handelte. Von diesem Standpunkt aus hat man es auch nie begriffen, daß reine Arbeiter- und Berufsfragen unter das Dogma einer Partei gestellt werden sollten; man hat es nie begriffen, daß diese Arbeiter- und Berufsfragen lediglich vom Standpunkt einer Partei aus beurteilt und gewissermaßen der Parteischablone unterstellt werden sollten. Deshalb auch die vielfachen Kämpfe der Buchdrucker mit der Partei, deshalb auch die vielfachen Auseinandersetzungen mit der Partei in unserm „Korr.“, die ihren Höhepunkt unter der Ara Reghäuser erreichten, die aber in mehr oder minder scharfer Form auch unter den früheren Redakteuren Sörkel und Gaisch, dann nach Reghäuser auch unter Strahl zu verzeichnen waren.

Es fällt mir nicht ein, all das gützubehalten, was diesbezüglich getan und geschrieben wurde; auch ich weiß, daß die scharfen Auseinandersetzungen insbesondere zwischen Reghäuser und der Partei nicht allein die Schuld der Partei waren und Reghäuser in der Vertretung seines Standpunktes oft zu weit ging. Aber andererseits steht doch auch fest, daß es sich bei all den Kämpfen, bei all den Auseinandersetzungen mehr oder minder darum handelte, daß bei der Behandlung der spezifischen Arbeiterfragen, bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten für die Arbeiterklasse viel zuviel nach der Parteischablone gearbeitet wurde, die Dinge viel zuviel vom Parteistandpunkt aus beurteilt wurden und dabei die praktischen Gesichtspunkte, die praktische Tätigkeit und die praktischen Erfahrungen, die gerade von unsern Vorführern, und mit Recht, in den Vordergrund gestellt wurden, zu kurz kamen.

Da war es gar kein Wunder, daß diese Auffassung, daß diese Erfahrungen schließlich den Kollegen Reghäuser zu dem damals vielangekündigten und bekämpften Vorschlage brachten, für reine Arbeitervertretungen in den Parlamenten einzutreten, für solche Arbeitervertretungen, die, frei von jeder Parteischablone, nur die Arbeiterinteressen zu vertreten und die ihre ganze Arbeit und ihre ganze Tätigkeit darauf einrichten sollten. Es war auch gar kein Wunder, daß dort und da auch in unsern Kreisen vielfach der Gedanke der Berufsvertretung in den Parlamenten ventiliert wurde. Man fand es nicht für richtig, und findet es vielleicht heute noch nicht für absolut notwendig und richtig, daß nur die, die sich einer bestimmten Partei unterwerfen und sich dieser zur Verfügung stellen,

mitredert und mitbestimmt diesen in all den das ganze Volk berührenden Fragen, und es gibt auch heute noch, und nicht bloß unter den Buchdruckern, genug Stimmen, die es nicht begründen, daß gerade in der neueren Zeit das Parteienwesen noch mehr gefördert und verankert wurde. Diese Auffassung findet wieder eine gewisse Begründung in den derzeitigen Arbeiterparteiverhältnissen; fast fehlt, daß die ganze Zerplitterung in der Arbeiterbewegung lediglich durch das Parteienwesen herbeigeführt wurde, daß sich die Arbeiterpartei im wesentlichen einig ist, und daß nun die Uneinigkeit auch in die Gewerkschaftsbewegung in der Hauptsache nur deswegen hineingetragen wird, und zwar von unabhängiger Seite, weil man dort in den Gewerkschaften, ob mit Recht oder Unrecht, das Letzte ist dahingestellt, den hauptsächlichsten Stützpunkt der Mehrheitspartei erblickt. Und wenn nun heute in so manchen Gewerkschaften großer Streit besteht, wenn nun da der Ruf: Sie Unabhängige, die Mehrheitspartei ertönt, so wird damit schließlich wiederum nichts anderes bewiesen als die Nichtigkeit des Standpunktes der Buchdrucker, daß sich die Gewerkschaften in der Vertretung der Arbeiterinteressen, in der Verfolgung ihrer Ziele frei von jeder Parteischablone halten müssen, daß sie unbeirrt von dieser oder jener Partei ihre Wege gehen müssen. Und vielleicht wird es gerade die ob ihres Standpunktes früher so viel angefeindete Buchdruckerpartei sein, die, obgleich sie fast alle organisatorischen Berufsangehörigen in sich aufgenommen, jetzt am wenigsten von diesen Wirren betroffen wird, und zwar darum, weil wir von jeder alten unfern Mitgliedern ihr politisches Denken und Handeln freigestellt und von ihnen nur Kollegialität und Solidarität in den reinen Arbeiter- und Berufsfragen gefordert haben.

Und wenn man nun all diese Dinge nimmt, wie sie sind, wenn man diesen Standpunkt und diese Auffassung richtig betrachtet, dann wird man auch begreifen, daß gerade in Buchdruckerkreisen der Rätegedanke die wenigste Bekämpfung gefunden und man im Gegenteil diesem System mit einer gewissen Sympathie begegnet. Denn schließlich wird manches von dem, was seit laugem bei uns vertreten und für richtig erachtet wurde, in diesem System verdrängt.

Im Räteystem liegt eine gewisse Berufsvertretung verankert. Die Räte sind zusammengesetzt aus Vertretern der verschiedenen Berufe und Arbeiterkategorien und, vielleicht sage ich, wird in diesen Räten einmal, wenn die Kinderkrankheiten überwunden, mehr praktische Arbeiterpolitik getrieben, als wie dies in allen Parlamenten der Welt möglich ist.

Da wird allerdings der Einwurf kommen, daß dieses System und die besondere Vertretung der Arbeiterinteressen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung mit der jetzt so viel hervorgehobenen Demokratie nicht in Einklang zu bringen sind. Mag sein, aber man kann auch darüber streiten, ob das eine richtige Demokratie ist, wenn in gewissen Beträumen von vielfach indifferenteren Kreisen mit über das Wohl und Wehe der Millionen in schwerer oder leichter Arbeit frondenden Menschen entschieden wird; denselben Menschen, die doch erst durch ihre Arbeit den Staat lebensfähig machen, den Staat aufrechterhalten und ihn in die Lage versetzen, seine Aufgaben zu erfüllen. Notwendig ist nur, daß dieses Räteystem möglichst frei von jeder Parteipolitik gehalten wird, daß es selbstständig und gut ausgebalanciert wird und daß die diesen Räten zu übertragenden Aufgaben fest umgrenzt und sichergestellt werden.

Zu den Aufgaben der Räte auf dem wirtschaftlichen Gebiete kann in erster Linie gezählt werden die Einführung und Aufrechterhaltung einer bestimmten Betriebsdemokratie, d. h. die Wahrung des Mitbestimmungsrechtes in den Fragen der Arbeitseinteilung und Arbeitsstellung, dann in den Fragen der Einstellungen und Entlassungen, überhaupt in allen Fragen, die nicht zentral oder durch Tarifverträge geregelt und festgesetzt werden können. Es kann den Räten eventuell auch obliegen die Ein- und Durchführung der durch die zentralen Tarifverträge festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen; es kann auch eine gewisse Unterstützung der Fabrikspektion und der Werksbevollmächtigten in Betracht kommen und dergleichen. Ein weites Tätigkeitsfeld wäre den Räten damit auf dem wirtschaftlichen Gebiete gegeben. In politischer Hinsicht käme durch die Schaffung von Vertreterkammern die Mitwirkung bei allen reinen Arbeiterfragen und der diesbezüglichen Gesetzgebung in Frage, dann käme das weite Gebiet der Sozialpolitik mit in Betracht. Alles Aufgaben, die den Räten überwiesen werden können, ohne die Aufgaben und die Erfindungsmöglichkeit der Parlamente und der Gewerkschaften zu beeinträchtigen. Wenn dann die Tätigkeit richtig ausgeübt, sich die Räte freihalten von allem Unmöglichen, wenn sie sich fest auf den Boden der Wirklichkeit stellen und sich nicht Utopien hingeben, dann werden sie neben den Gewerkschaften und neben den Parlamenten Ersprießliches leisten können; und vielleicht wächst dann aus ihnen einmal diejenige Körperschaft heraus, die auch von reinen Arbeiterstandpunkt aus als die Verkörperung der richtigen Demokratie angesehen und beurteilt werden kann.

Daß den Räten durch das ihnen zu gebende größere Mitbestimmungsrecht in den Fabriken und Betrieben auch noch nebenbei die wichtige Aufgabe der Erziehung der Unternehmer zu mehr Verständnis für die berechtigten Arbeiterinteressen zufallen würde, sei hier nur kurz gestreift. Dem Unternehmerium fehlt heute fast ausschließlich das richtige Verständnis für die Notwendigkeiten der neuen Zeit; die lange Irreführung, all die Vorfälle, die die Entbehrungen, die der größte Teil der deutschen Arbeiterpartei auf sich genommen, sind kurios an dem Denken und Handeln der meisten Unternehmer vorübergegangen.

Man glaubt heute noch, dem deutschen Volke, der deutschen Arbeiterpartei mit den gleichen Mitteln wie vor dem Kriege begegnen zu können. Man verläßt sich heute noch berechtigten Anforderungen und Bestrebungen der Arbeiterpartei. Bei den vielfachen Verhandlungen, die jetzt zwischen Arbeiter- und Unternehmervertretern gepflogen werden, bedarf es meist vielständiger oder tagelanger Auseinandersetzungen, um schließlich ein wenig von den vielen Wünschen der Arbeiterpartei zu erreichen.

Schließlich da auch unter Unternehmern nicht aus, denn wenn man fest, daß es unfern Interessenvertretern bei den letzten Tarifverhandlungen erst nach dreitägigen, bis in die späte Nacht ausgedehnten Beratungen möglich wurde, das tariflich festzusetzen, was zwei Monate vorher bereits im wesentlichen überall schon durchgeführt war; wenn man weiter fest, daß die Prinzipalvertreter nicht nur, nicht auf die von der Gehilfenchaft verlangte Erhöhung der Feuerungszulagen eingingen, sondern daß den Gedanken der Herabsetzung der Feuerungszulagen vertragen, und wenn man dann noch fest, daß die Prinzipale trotz der schwierigen Lage, in der sich die Gehilfenchaft befindet, und trotz der Unüberwindlichkeit der Verhältnisse von den Gehilfenvertretern eine Bindung bis Ende August verlangten, dann muß man eben auch hier zur Auflassung kommen, daß es auch bei den vielergründeten Buchdruckern noch an der nötigen Flexibilität und dem notwendigen Verständnis für die Notlage und die Bedürfnisse der Gehilfenchaft fehlt, und daß auch so viele von ihnen noch nicht bereit sind, das alte neue Ziel gekommen; eine neue Zeit, in der all denen, die Menschlichkeit tragen, nicht bloß gleiches Recht werden soll, sondern auch der notwendige Anteil an den Erträgen der Arbeit, um teilnehmen zu können an all den Ertragschancen der Kultur und der Ertragschancen, die die Revolution und die neue Zeit gebat.

Damit dürfte im wesentlichen das als niedergelegt sein, was vom Standpunkte des Buchdruckers aus zu den gegenwärtigen Verhältnissen und dem herrschenden Räteystem zu sagen wäre. Der Entwicklung der Dinge muß es nun vorbehalten bleiben, die Spreu von dem Weizen zu sondern und Ersprießliches zu gebären. Wir Buchdrucker werden in dem gegebenen Rahmen mitwirken, und wir werden auch nicht die letzten sein, die das Gute, was die neue Zeit gebracht, in sich aufnehmen und mit ihm dann die Arbeit leisten, die notwendig ist und sein wird auch unter den neuen Verhältnissen!

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Schg, Frankfurt a. M. (Schriftsetzer.) Eine am 3. März tagende, sehr stark besuchte Versammlung der in den hiesigen Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm erneut Stellung zu der am 31. März abgelaufenen Frist der bisher gewährten Feuerungszulagen und schloß einmütig den Beschluß, wie bisher lokal vorgegeben und eine Erhöhung der Zulagen zu beantragen. Es wurde eine Kommission von sieben Kollegen bestimmt und beauftragt, die Beschlüsse der Versammlung bei der bevorstehenden Beratung mit den Prinzipalvertretern ganz energisch zu vertreten und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen.

Hamburg-Altona. (Vereln der in Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Die außerordentliche Generalversammlung am 28. Februar hatte Stellung zu nehmen auf der Frage, ob für die Zukunft der Normaltarif oder ein einheitliches Lohnsystem anzustreben sei. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß der Normaltarif bei der verkehrsmäßigsten Arbeitsweise sowie der vielen Maschinenhilfen niemals etwas allen Kollegen gleich Einwandtres und Vorteilhaftes bieten könne. Es herrschte die Meinung vor, daß die richtigste Einlösung nur bei entsprechendem Lohnsystem stattfinden würde. Bei der Abstimmung wurde beschlossen, mit allen gegen eine Stimme, in diesem Sinn an die Zentralkommission zu berichten. Nach Erlebung einiger interner Sachen wurde die auch von den weiblichen Mitgliedern auf besuchte Versammlung geschlossen.

Süden-Vertrath. Am 23. Februar fand, nachdem die meisten Kollegen wieder zurückgekehrt sind, in Süden eine Generalversammlung statt, zu der alle Kollegen erschienen waren. Zum Vorhändler wurde Kollege Reichert und zum Kassierer Kollege Michalski einstimmig gewählt. Es wurde beschlossen, in Zukunft regelmäßig am letzten Sonntag im Monat eine Monatsversammlung abzuhalten. Nach Entgegennahme des Sassenberichts und Erlebung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorhändler die ausregend verlaufene Versammlung mit einem warmen Appell an die Kollegen.

Zabes. Eine im Februar abgehaltene Versammlung der hiesigen Kollegen beschloß die Gründung eines Ortsvereins. Dieser umfaßt eine Mitgliedschaft von zwölf Kollegen. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Parnow als Vorhändler und Lachow als Kassierer.

Neuhaldensleben. Sein 50-jähriges Berufsjubiläum begeht am 6. April Kollege Louis Bahl. Er erlernte die Buchdruckerkunst 1869—1873 in der Paul Schellerischen Buchdruckerei in Köthen (Anhalt). Nach Beendigung seiner Lehre ging er auf die Wanderschaft und konditionierte in Berlin und Stuttgart, seit über 40 Jahren hiesig. Kollege Bahl erfreut sich noch besser Gesundheit.

Mürnberg. Die am 2. März abgehaltene Generalversammlung wies einen sehr guten Besuch auf. Zunächst wurde das Andenken von drei verstorbenen Kol-

legen gelehrt. Der Jahresbericht lag gedruckt vor und gab zu einigen Verbesserungsvoorstellungen Veranlassung. Der Mitgliederstand betrug am Jahreschlusse 503, gegen 291 im Vorjahr, außerdem befindet sich noch eine größere Anzahl Kollegen im Seeresdienst. Die Zahl der dem Striege zum Opfer gefallenen Kollegen beträgt 83, vier Kollegen sind vermißt. Für die Familien der eingezogenen Kollegen sind an Unterstühtungen verausgabt worden 1918: 8383 Mk., während der vier Kriegsjahre zusammen etwa 40000 Mk. Diese Summe wurde größtenteils durch freiwillige Beiträge der Mitglieder aufgebracht; ein ehrendes Zeugnis für die Solidarität und Kollegialität der Nürnberger Verbandsmilglieder. Der Beitrag wurde wie bisher auf 45 Pf. pro Woche festgelegt. Aus der Vorstandswahl ging unter andern Kollege W. Belschmidt als erster Vorhändler hervor.

Roskoff. Am 2. März fand hier eine Bezirksversammlung statt, in der die Orte Döberan (wo erst kürzlich sechs Kollegen für unre Organisation gewonnen wurden), Ribnitz, Schwann, Brunsbaupten und Warnemünde vertreten waren. Es wurde die Umänderung des Ortsvereins Roskoff in einen Bezirksverein beschlossen, zu dessen Vierjahresversammlung jedes auswärtige Mitglied freie Fahrt haben sollte. Vorher nahm die Versammlung den Bericht unfres Gauvorstehers Dahnke (Schwerin) über die Tarifausdehnung entgegen. In der Aussprache hierüber wurde die lange Festsagung der letzten Feuerungszulage bis zum 31. August d. J. beantragt. Der Mitgliederstand in Roskoff beziffert sich augenblicklich auf 113; eine Zahl, die bisher noch nicht erreicht worden war.

Vegefsch. Am 22. Februar fand hier eine Versammlung statt. Ein Referat des Kollegen Olscha (Bremen) über das Thema: „Was gibt im Buchdruckergewerbe vor?“ fand dankbare Zuhörer. Fast alle Kollegen waren erschienen. Es knüpfte sich eine lebhaft ausgeführte an den Vortrag. Die Versammlung gestattete sich dadurch zu einer vielseitig behandelnd. Ein Kollege wurde in den Verband aufgenommen. Am 23. Februar beging unser Ortsverein sein 20. Stiftungsfest, das großen Zuspruch aufzuweisen hatte und anregend verlief.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Buchdrucker im Kommunaldienst. In Marburg: Weber und Schull als Stadtverordnete; in Marbach: Weber und Kehler als Gemeindevorordnete. In Pirna: Robert Reymann als Stadtverordneter. In Kollbus: Adolf Hartmann und Emil Gurl. In Mühlhausen i. Th.: Alb. Sperhake und Alb. Gebner. In Altona (Eibe): Otto Fladung. In Wollach: Erwin Angst als Gemeindevor. In Gevelsberg (Weißl.): Rud. Schunke und W. Meis. In Altenburg (S.-M.): Ernst Langendorf, Hermann Müller, Heinrich Schwarz und Richard Wagner. In Bursfelde: Reinhardt. In Achermünde: Paul Zinnecker. In Hamburg: Oskar Hesselbarth. In Baylen: Theodor Willmann. In Verden (Aller): Th. Weisbrod und Helm. Kriestewetter. In Veitzig (Märk.): Franz Weisbach (gleiches als Verwalter des neu gegründeten Kreisarbeitsnachweises für den Kreis Zauch-Beitzig). In Naumburg (S.-M.): C. Oswald (gleiches erstes Stadtratmitglied und stellvertretender Bürgermeister). In Elmshorn: Johs. Mühl. In Bunsau: Fritz Palsche. In Neusalz a. d. Oder: Bruno Tende und Hermann Steller. In Löwenberg: Adolf Wagner. In Alsen: Ernst Vogel als Bürgerverordneter. In Burg: A. Zwing als unbesoldeter Stadtrat; A. Kösterlich, S. Ruske, C. Schneider und G. Sowak als Stadtverordnete. In Osterwick a. S.: W. Zappe (gleiches als Stadtverordneterverordneter), D. Schönfeld und Fr. Gille (gleiches als Schriftführer des Stadtparlamentes). In Weimar: Julius Palm und Emil Prox als Gemeindevorstandsmitglieder.

Anfallverhütungsvorrichtungen. Der Vorstand der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft erläßt in der neuesten Nummer der „Zeitschrift“ eine Bekanntmachung, in welcher Bezug genommen wird auf die Befähigung weiblicher, jugendlicher oder geistlicher Personen während des Strieges an Stellen, für welche die Tätigkeit derartiger Personen laut Bestimmungen der Unfallverhütungsvorrichtungen ausdrücklich untersagt war. In einem Rundschreiben vom Januar 1915 war eine mildere Auffassung der in Betracht kommenden Bestimmungen seitens des Vorstandes der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft ausgehoben worden. Nachdem jedoch die Voraussetzungen für solche Erleichterungen nunmehr in Form gekommen sind, werden die Erleichterungen aufgehoben; die Unfallverhütungsvorrichtungen haben jetzt wieder ohne jegliche Einschränkung oder Milderung Geltung. Durch diese Bekanntmachung ist auch von der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft dokumentiert worden, daß die Tätigkeit weiblicher Personen in Gehilfenstellungen auf alle Fälle der Vergangenheit angehören hat.

Zur Versorgung mit Druckfarben. Die Schwierigkeiten, welche sich während des Krieges hinsichtlich der Versorgung mit Druckfarben eingestellt hatten, sind nunmehr als behoben zu betrachten. Aus diesem Grund ist die bisherige Verteilung an die Verbraucher aufgehoben worden. Nur diejenigen Vorschriften bleiben vorläufig noch in Kraft, welche zur Verhinderung eines Spekulations-Ankaufs und zur Sicherung eines eventuell neu eintretenden Mangels erforderlich sind.

Widerrechtliche Insetzung von Broschüren. Vor kurzem hatten sich ein Kleinbrücker und dessen Ehefrau

